

Beirat / Council:		Korporative Mitglieder / Corporate Members:	
Prof. Dipl.-Ing. Edgar Baeger	Lavanam Gora (Indien)	Atheist Centre Vijayawada / Indien	Humanistischer Freidenker-Verband
Bedri Baykam (Türkei)	Prof. Mark Lindley (USA)	Bund für Geistesfreiheit Bayern	- Ostwürttemberg
Dr. Gerhard Czermak	Prof. Dr. Ali Nezin (Türkei)	BfG Augsburg	Freidenkerinnen & Freidenker Ulm/Neu-Ulm
Prof. Dr. Günter Kehler	Dipl.-Psych. Ursula Neumann	BfG Erlangen	Aschaffener Freidenker
Dr. Mynga Futrell (USA)	Prof. Dr. Hermann Josef Schmidt	BfG Kulmbach/Bayreuth	Ateizm Derneği / Türkei
Dr. Colin Goldner	Arzu Tokar	BfG Neuburg/Ingolstadt	Düsseldorfer Aufklärungsdienst
Ralf Michalowsky	Dr. Michael Schmidt-Salomon	BfG München	Richard-Dawkins-Foundation Deutschland
		BfG Regensburg	



Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten

IBKA e.V. · Silvia Kortmann · Wichurastr. 106 · 12249 Berlin

Senatorin für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung
 Frau Prof. Dr. Lena Kreck
 Salzburger Str. 21-25
 10825 Berlin

IBKA e.V.
 Landessprecherin Berlin/Brandenburg
 Silvia Kortmann
 Wichurastr. 106
 12249 Berlin
 Telefon: + 49 030 68815349
 E-Mail: silvia.kortmann@ibka.org
 Web: www.ibka.org

Der IBKA ist Mitglied in

- Atheist Alliance International (AAI)
- Humanistische Union e.V. (HU)
- Zentralrat der Konfessionsfreien

Berlin, 20.03.2022

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Kreck,

als Organisation, die seit über 40 Jahren die Interessen nichtgläubiger Menschen vertritt, haben wir seit jeher einen aufmerksamen Blick auf religiös motivierte Ausgrenzung und religiös motiviertes Mobbing. Aus diesem Grund haben wir die „Bestandsaufnahme Konfrontative Religionsbekundungen in Neukölln“, die vom Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung (DEVI e.V.) vorgelegt wurde, gelesen und die anschließende öffentliche Debatte verfolgt.

Mit Unverständnis nehmen wir zur Kenntnis, dass offenbar nicht vorgesehen ist, die Ergebnisse der Bestandsaufnahme in einer mit mehr Zeit und angemessenen Mitteln ausgestatteten Studie zu vertiefen. Dabei wäre es ein sehr wichtiger Schritt, Übergriffe, die sich in religiöser Unduldsamkeit begründen, solide zu dokumentieren. Denn zu wissen, was in den Schulen passiert, wäre die Grundlage, politische und pädagogische Gegenstrategien und Maßnahmenkataloge zu entwickeln und die Betroffenen zu schützen.

Daher unsere dringende Bitte an Sie: Unterstützen Sie die Studie, richten Sie eine Stelle ein, damit sich Betroffene melden können und Unterstützung erfahren. Uns erscheint dies geboten, um die Religionsfreiheit als Grund- und Menschenrecht all jener zu gewährleisten, die sich nicht an religiöse Regeln halten möchten. Wir bezweifeln, dass die bisher bestehenden Programme und Einrichtungen dafür genutzt werden können. Nach unserer Beobachtung herrscht derzeit in Berlin die Auffassung vor, dass Religion in erster Linie ein „Diversitäts- und zugleich Diskriminierungsmerkmal“ darstellt (wie es beispielsweise in der erschreckend polemischen Stellungnahme „Was ist konfrontative Religionsbekundung? ‘Es ist ja schon das Wort Allah’“ formuliert ist). Auf dieser Grundlage kann den von religiös motiviertem Mobbing Betroffenen nicht angemessen begegnet werden.

Gerade mit Blick auf Zugewanderte, die sich nicht religiös definieren oder ihre Religion selbstbestimmt interpretieren möchten, sehen wir die Gefahr einer doppelten Ausgrenzungserfahrung: Neben die rassistische Diskriminierung, die sie im Alltag immer wieder erleben, tritt seit einigen Jahren verstärkt religiös motivierte Diskriminierung. Nach unserem Verständnis hat der Staat die Aufgabe, Übergriffen aus der religiösen Rechten genauso entschlossen entgegenzutreten wie Übergriffen aus der rassistischen Rechten. Eine gut ausgestattete und klug angelegte Studie zur Erforschung des Phänomens des religiös motivierten Mobbings, die sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert, könnte eine Grundlage für präventives staatliches Handeln sein.

Deshalb fordert der Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) zusammen mit Projekt 48 e.V. Forum für Aufklärung, Emanzipation und Skepsis die Durchführung einer wissenschaftlichen Untersuchung. DEVI e.V. erschien uns aufgrund der vielfältigen und langjährigen Erfahrungen in der Antidiskriminierungsarbeit und einer erkennbaren Sensibilität gegenüber dem Thema negative Religionsfreiheit eine gute Wahl für ein solches Vorhaben. Mittelfristig halten wir die Errichtung einer Ombudsstelle bzw. eine Anlauf- und Beratungsstelle für von religiösem Mobbing Betroffene für angezeigt.

Mit freundlichen Grüßen,

(Silvia Kortmann,
IBKA Landessprecherin Berlin/Brandenburg)

